Deutscher Reichstag.

Schluß aus dem Hauptblatt.

Nach dem Antrage der Geschäftsordnungskommission wird das Mandat des Abgeordneten Brünings durch die Verleihung des Titels und Ranges eines Oberlandsgerichts für nicht erloschen erklärt, worauf das Haus sich schließlich zum Etat der Reichs-Justizverwaltung wendet.

Zur Position der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch nimmt das Wort. Abg. Schröder (freis.): Ich nehme lebhaftes Interesse an dem bürgerlichen Gesetzbuche, aber ich kann die Besorgniß nicht unterdrücken, die mir die Behandlung des Entwurfs in der zweiten Commission einflößt. Ich halte eine nochmalige umfangreiche Revision nicht für erforderlich. Man sollte sie nicht vom juristischen, sondern vom praktisch-materiellen Gesichtspunkte aus betreiben und auf die Sprache und Gemeinverständlichkeit des Gesetzbuches sehen.

Staatssekretär des Reichs-Justizamts Bosse: Ich bin dem Herrn Vorredner dankbar für seine Anregung. Das bürgerliche Gesetzbuch ist eine so wichtige Sache, daß sie nicht ohne Gefahr verzögert werden kann. Ich will auf Einzelfragen juristischer Natur nicht eingehen, sondern zunächst feststellen, daß die Kommission nicht den ganzen Entwurf noch einmal von vornherein umarbeitet. Der erste Entwurf hat Mängel in der Sprache, er ist nicht gemeinfaßlich und nicht volksthümlich. Das hängt aber mit seiner juristischen Konstruktion zusammen. Wer sich in die Arbeit vertieft, erkennt, mit welcher Treue und wie bewundernswerth sie gearbeitet ist, sie ist in ihrer Art geradezu unübertrefflich. Die Kritik hat dies, je länger sie sich mit dem Entwurfe beschäftigt hat, um so mehr anerkannt. Also wir denken gar nicht daran, ihn von Grund aus umzuändern, denn wir halten uns nicht für berufen, die Arbeit von 14 langen Jahren zu verwerfen. Die Kommission besteht aus 24 Mitgliedern, theils aus solchen, welche schon in der ersten Kommission thätig waren, theils aus solchen, welche mehr in der Praxis stehen. Alle politischen Parteien sind in der Kommission vertreten, auch die verschiedenen Strömungen, welche sich in der Justiz geltend machen. Die politische Gegnerschaft spielt bei derartigen Arbeiten keine Rolle. Wenn der erste Entwurf keinen anderen Werth hätte, so wäre er schon dadurch werthvoll, daß er eine so tiefe, gründliche Kritik hervorgerufen hat. Die deutsche Rechtswelt hat sich damit in Büchern, Zeitschriften, Zeitungen beschäftigt. All' dieses Material ist im Reichspostamt sorgfältig gesammelt. Diese Kritik mit dem ersten Entwurf und jenen Motiven bildet die Grundlage, auf welche die jetzige Kommission ihre Arbeiten stützt. Ich unterlasse nicht, zur Selbstbeschränkung zu ermahnen, und in der Kommission selbst fehlt es auch nicht am Drängen nach Beschleunigung. Es Allen recht zu machen, ist unmöglich, wenn uns von der einen Seite gesagt wird, wir seien zu wenig gründlich, von der andern, wir arbeiteten zu langsam. Sie dürfen den Männern, die in der Kommission sitzen, vertrauen, daß sie jede unnöthige Verzögerung vermeiden. Das Reichs-Justizamt ist ja stark belastet, und es sind noch mancherlei gesetzliche Reformen nöthig. Die Civilprozeßordnung muß revidirt werden, der Strafprozeß bedarf der Reform, aber wenn Sie sehen, wie wenig geklärt die Meinungen unter den Juristen auf diesen Gebieten noch sind, so werden Sie auch hier nichts überstürzen wollen. (Beifall.) — Abg. Goldschmidt (freis.): Mit den Ausführungen meines Freundes Schröder bin ich nicht in allen Theilen einverstanden. Auch ich habe den Wunsch, daß die Arbeiten der Kommission in nicht zu ferner Zeit beendet sein mögen. Daß aber der Widerstand gegen den ersten Entwurf von juristischen Kreisen ausgegangen ist, ist nicht richtig. Hier kommen vornehmlich Handelskammern, landwirthschaftliche und andere Vereine in Betracht. Noch immer werden Wünsche laut, z. B. aus den Kreisen der Bauhandwerker. Auch der Schriftsteller-Verband wünscht eine Regelung des Verlagsrechts in dem bürgerlichen Gesetzbuch. Daß der zweite Entwurf inhaltlich den ersten überragt, will ich nicht behaupten, in Stil und Sprache sind aber sicher Fortschritte gemacht. Ich hoffe, daß die Arbeiten der Kommission von Erfolg begleitet sein werden. — Abg. v. Cuny (nl.): Als Mitglied der Kommission will ich mich auf Thatsachen beschränken. Einem wesentlichen Mangel des ersten Entwurfs hat die Kommission schon abgeholfen. In demselben war die Frage der juristischen Persönlichkeit nicht klar geregelt. Diese Lücke ist nun ausgefüllt. Schon diese Thatsache beweist, daß es nicht angebracht wäre, wie Herr Schröder es will, den Rahmen für die Arbeiten der Kommission enger zu ziehen. Die in Bezug auf den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs geäußerten Wünsche sind so mannigfacher Art, daß ihre Erledigung nicht so rasch erfolgen kann.

Die weitere Berathung des Etats wird auf Freitag 2 Uhr vertagt.

Gesammtsitzung der Handelskammer in Halle

vom 29. Januar 1892.

(Fortsetzung.)

VII. Beschlußfassung über einen Antrag der Handelskammer für das Herzogthum Anhalt, die Hinterlegung von Staatspapieren und Wechseln bei Gewährung des Steuerkredites, betreffend.

Herr Kommerzienrath Steckner berichtet über die Zukunft genannter Handelskammer, in welcher diese eine Bestimmung des Bundesrathes bespricht, nach welcher im Mobilmachungsfalle sämmtliche Steuerkredite gekündigt werden sollen und die Neubewilligung von Steuerkrediten während der Mobilmachung nur gegen Bestellung vollständiger Sicherheit zulässig ist. Es sei nun zweifelhaft ob unter vollständiger Sicherheit bankfähige Wechsel oder die Niederlegung von Staatspapieren verstanden wird. Es würde daher ein Verzicht auf den Steuerkredit vorzuziehen sein, wenn seitens der Reichskasse ein angemessener Diskont bewilligt würde, wie solches nach dem Bundesrathsbeschlusse vom 4. Juli 1891 zu Kriegszeiten geschehen wird. Die Antragstellerin wünscht über diese Fragen mit der hiesigen Kammer in Erörterungen einzutreten. Der Berichterstatter führt in längerem Vortrage aus, daß er sich von den geplanten Besprechungen keinen Erfolg versprechen könne. Nach seinen Erfahrungen und Untersuchungen seien in andern Theilen des Reiches Anträge auf Gewährung eines Diskonts bei Barzahlung abgelehnt worden, und die Handelskammer habe keine Veranlassung, sich über die Gestaltung des Steuerkredites in hiesigem Bezirke zu beschweren. Redner empfiehlt daher, den dahingehenden Antrag des Finanzausschusses anzunehmen, daß unter dem Ausdrucke des Dankes für die Anregung der Angelegenheit der Handelskammer zu Dessau mitgetheilt wird, daß die hiesige Kammer keine Veranlassung habe, auf den Gegenstand weiter einzugehen.

Es wird hierauf in diesem Sinne beschlossen.

VIII. Beschlußfassung über einen Antrag, die Detarifirung von Leimleder betreffend.

Der Berichterstatter Herr Müller theilt mit, daß eine Lederleimfabrik des hiesigen Bezirks den Antrag an die Handelskammer gerichtet habe, für eine Herabsetzung des Eisenbahnfrachtsatzes auf Leimleder, das Rohprodukt für Lederleim, einzutreten. Nach einer genauen Darlegung der Verhältnisse des betreffenden Fabrikates zu dem Konkurrenzgegenstande Knochenleim, der Preislagen, der Verfrachtungsmengen 2c. wird beschlossen, in den Jahresbericht für 1891 einen Artikel auf Detarifirung von Leimleder einzurücken.

IX. Beschlußfassung über einen Antrag der Hildebrandschen Mühlenwerke in Verbindung mit dem Antrage des Zweigvereins deutscher Müller, die verschiedene Tarifirung von Getreide und Mühlenfabrikaten auf der Eisenbahn betreffend.

Die genannten Mühlenwerke haben sich mit dem Antrage an die Handelskammer gewandt, für den Ausschluß von Mehl und Mühlenfabrikaten aus dem seit dem 1. September 1891 eingeführten Staffeltarife einzutreten. Dieselben kommen vornehmlich den ungarischen Mühlen zugute welche schon dadurch begünstigt worden seien, daß in den neuen Zollverträgen die Zollermäßigung auf Mehl größer sei als auf Getreide. Dazu seien die bayrischen Mühlen insofern begünstigt, als die Staffeltarife für sie nicht in Frage kommen.

Der Zweigverband deutscher Müller für die Provinz Sachsen und das Herzogthum Anhalt hat dagegen die Unterstützung einer Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten nachgesucht, welche darin gipfelt, es bei der bisherigen gleichen Tarifirung von Mehl und Getreide zu belassen.

Der Berichterstatter Herr Jung theilt ferner mit, daß die Handelskammer vor Ablauf des Jahres ersucht worden sei, über die bisherige Wirkung der Staffeltarife einen Bericht an die königliche Eisenbahndirektion Magdeburg zu erstatten. Nach Lage der Sache habe nur berichtet werden können, daß bis jetzt eine merkliche Wirkung nicht hervorgetreten sei, da durch die russische Getreidesperre die früheren Verhältnisse bezüglich der Getreideversendungen 2c. vollständig umgewandelt, ja auf den Kopf gestellt worden seien. Redner beantragt, diese Frage mit der folgenden in Gemeinschaft zu berathen und sich schließlich für die Wiederaufhebung der Staffeltarife auszusprechen.

Die Versammlung ist mit dieser Behandlungsweise einverstanden.

X. Beschlußfassung über einen Antrag, die baldige Wiederaufhebung der Staffeltarife für Getreide, Mühlenfabrikate usw. betreffend.

Der Berichterstatter Herr Reinicke führt in längerem Vortrage aus, daß die Staffeltarife, welche mit der Länge der Strecke eine wachsende Tarifermäßigung herbeiführen, für die mittleren Provinzen eines Staates unter allen Umständen schädlich wären, was Redner unter speziellen Angaben bis in Einzelnste nachweist. Theile man die Entfernungen in 2 Zonen: bis zu 250 km und über 250 km hinaus, so habe die Industrie innerhalb dieser ersten Zone keinen Nutzen von den Staffeltarifen, während die konkurrirende Industrie von außerhalb in diesen Bezirken schon 70 bis 80 Pfg. für 100 kg billiger liefern könne. Das Hauptablaßgebiet der Malzindustrie hiesigen Bezirks bilde eine Zone nach Nordwesten von 250 bis 500 km. Die Wirkung des Staffeltarifes von hier aus betrage etwa 30 bis 40 Pfg. für 100 kg. Von Oesterreich habe man indeß nach 40 Durchlaufung eines Weges von 800 km einen Vorzug von 1.40 Mk. für 100 kg. Derselbe gehe über den Gewinn hinaus, den man mit dem Absatze der ins Auge gefaßten Artikel erlangen könne. Obgleich der Staffeltarif noch nicht auf Malz ausgedehnt sei, schädige er auch jetzt schon die Malzindustrie durch die hierdurch bewirkten Transporte der Rohstoffe. Ueberhaupt befördere er eine wenig zuträgliche wirthschaftliche Fortbildung, indem er die Fabriken an den Verzehrungsorten erstehen lasse, während es doch im allgemeinen wirthschaftlich richtiger sei, daß dieselben in der Mehrzahl an den Orten der Erzeugung des Rohproduktes sich ansiedeln müßten. Schon jetzt sei der Staffeltarif ein Uebel, er würde es aber noch mehr werden, wenn er eine dauernde Geltung erlangen sollte. Wegen des Nothstandes sei er eingeführt worden, um ihn wieder aufzuheben, sobald die Nothstandspreise nicht mehr bestehen. Die Getreidepreise seien schon seit einiger Zeit um durchschnittlich 40 Mk. gesunken, man könne daher mit Recht behaupten, daß nur noch starke Mittelpreise vorhanden seien, aber keine Nothstandspreise mehr, weshalb man an die Beseitigung des Staffeltarifes denken könne. — In Industriekreisen habe man früher die Verstaatlichung der Eisenbahnen hauptsächlich deshalb freudig begrüßt, weil eine vollständige Tarifanarchie geherrscht habe. Die Rückkehr zu normalen Tarifen habe man allseitig begrüßt. Ausnahmetarife sollten nur da bestehen, woselbst sie unumgänglich nothwendig seien, sonst möge man sie beseitigen. Die Staffeltarife begünstigten dagegen meist nur den auswärtigen Versender, weshalb sie möglichst bald aufgehoben werden möchten.

Redner beantragt zu beschließen, in einer Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für die baldige Wiederaufhebung der Staffeltarife einzutreten, nachdem der akute Nothstand vorüber sei.

Es entspinnt sich über diesen Gegenstand eine längere Debatte, an welcher sich sämmtliche Redner für Aufhebung der Staffeltarife aussprechen. Es betheiligen sich an derselben die Herren: Jung, Kommerzienrath Steckner, Stadtrath Ernst, Müller und der Berichterstatter.

Es wird beschlossen, in der Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten

1. sich im Prinzipe gegen jede Art von Staffeltarifen auszusprechen,
2. den am 1. September 1891 eingeführten Ausnahmetarif für Getreide, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte zu bekämpfen und den Antrag auf baldige Aufhebung desselben zu stellen.

XI. Beschlußfassung über einen Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, die Schließung des Thüringer- und Steinthor-Güterbahnhofes betreffend.

Durch den Magistrat der Stadt Halle a. S. ist der Handelskammer ein Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten an den Herrn Regierungspräsidenten zugegangen, in welcher mitgetheilt worden ist, daß einem Antrage auf Wiedereröffnung der genannten beiden Güterbahnhöfe keine Folge gegeben werden könne. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 5. Dezember 1891.

Für die Wiedereröffnung des Steinthor- und des Thüringischen Güterbahnhofs in Halle a. S. ist, wie ich Euer Hochwohlgeboren auf den gefälligen Bericht vom 3. August d. J. — 4443 Ib — bei Rückgabe der Anlagen erwidere, nach dem Ergebniß der angestellten Untersuchung ein Bedürfniß nicht anzuerkennen. Der Magistrat der Stadt Halle behauptet zwar in dem vorgelegten Berichte vom 4. Juli d. J. — 4319/91 A —, daß die Anlagen des Hauptbahnhofs für den Wagenladungsverkehr der Stadt nicht immer ausreichend gewesen seien; demgegenüber ist durch Bericht der zuständigen Eisenbahnbehörden festgestellt worden, daß jene Anlagen bisher noch nie vollständig in Anspruch genommen sind. Auch wird nach den Wahrnehmungen dieser Behörden immermehr anerkannt, daß die Vereinigung des gesammten Güterverkehrs der Stadt Halle auf dem Hauptbahnhofe der Allgemeinheit erhebliche Vortheile gebracht hat, indem sie die schnelle Gestellung und Abfertigung der Eisenbahnwagen erleichtert und die thunlichst beste Ausnutzung der die Güteran- und abfahrenden Fuhrwerke ermöglicht. Daß diese Auffassung als die zutreffende anzusehen ist, geht auch daraus hervor, daß, wie in den früheren Verhandlungen so auch jetzt, als der wesentlichste Grund für den Antrag auf Wiedereröffnung der beiden geschlossenen Güterbahnhöfe die Unzugänglichkeit der nach dem Hauptgüterbahnhofe führenden Straßen angegeben wird. Die in dieser Richtung von der Vereinigung des Güterverkehrs auf dem Hauptbahnhofe ausgesprochenen Befürchtungen haben sich indes, wie die Erfahrung gezeigt, keineswegs bewahrheitet. Die Straßen genügen vielmehr auch zur Zeit noch für den Verkehr, selbst die Berlinerstraße kann in ihren gegenwärtigen Zustande noch einen erheblich größeren Verkehr, als den jetzigen, aufnehmen. Auch hieraus ist daher ein geeigneter Anlaß, dem Antrage stattzugeben, nicht zu entnehmen.

Dagegen bin ich mit Euer Hochwohlgeboren darin einverstanden, daß es mit Rücksicht auf die Verkehrssteigerung, welche in der Berlinerstraße infolge der bevorstehenden Eröffnung des städtischen Vieh- und Schlachthofes sowie unzulässlich der weiteren Bebauung des östlich vom Bahnhofe liegenden Geländes erwartet wird, zweckmäßig ist, schon jetzt die Verbesserung dieser Straßenverbindung ins Auge zu fassen. Eine Verbesserung würde indes nicht erreicht werden, wenn nur die beiden Brücken über die Eisenbahngeleise angemessen verbreitet werden.

Voraussetzung ist vielmehr, daß die Stadt die Verbreiterung der Straßentheile vom Mötzlicherwege bis zu dem östlich der Bahn belegenen Gelände ausführt.

Mit Rücksicht hierauf habe ich die zuständige Eisenbahnbehörde veranlaßt, mit den Gemeindebehörden von Halle in bezügliche Verhandlungen zu treten und nach dem Ergebnisse derselben wegen Bereitstellung der Mittel, welche staatsseitig für die Verbreiterung der Eisenbahnbrücken aufzuwenden sein würden, die erforderlichen Anträge zu stellen.

Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren, hiernach gefälligst den Magistrat der Stadt Halle zu bescheiden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
gez.: Thielen

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Herrn von Diest, Hochwohlgeboren zu Merseburg I. (II) 15759 III. 23851.

Der Berichterstatter Herr Stadtrath Ernst spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß in diesem Sinne entschieden sei, da durch die Schließung der beiden Bahnhöfe für den allgemeinen Freiladeverkehr die wirthschaftlichen Interessenkreise der Stadt dauernd geschädigt werden. Redner verliest eine hierauf bezügliche Resolution und bittet, dieselbe annehmen zu wollen.

Fortsetzung folgt.

Aus der Stadt und Umgebung.

Halle, 5 Februar.

Tagesordnung

für die

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

Montag, den 8. Februar cr., Nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Beschaffung einer Kühlanlage 2c. für den Schlacht- und Viehhof.
2. Sicherung der städtischen Kassen.
3. Erwerb des Kirchhauplatzes an der Südstraße.
4. Anbringung von Doppelfenstern an den Dienstwohnungen der Direktoren des Gymnasiums und der Realschule.
5. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens wegen des vom Grundstück gr. Brauhausgasse 30 zur Straße entfallenden Terrains.
6. Verzeichniß der im Rechnungsjahre 1892/93 zu pflasternden Straßen.

Geschlossene Sitzung.

7. Bericht über Einladung zum Städtetag.
8. Verkauf beschlagnahmter Gegenstände.
9. Anstellung eines Polizei-Sergeanten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Gneist.

— **Zum ersten Direktor der Franckeschen Stiftungen** ist der bisherige Subdirektor derselben Herr Dr. Frtes ernannt worden.

** **Der Nationalliberale Verein für Halle a. S. und den Saalkreis** hielt gestern Abend im großen Saale des „Prinz Karl" eine Versammlung ab. Die Vereinsmitglieder, sowie Angehörige der anderen Parteien, namentlich der Liberalen, hatten sich außerordentlich zahlreich eingefunden, in besonders großer Zahl war die Lehrerschaft, stark auch die Theologie vertreten. Der Vorsitzende des Nationalliberalen Vereins, Herr Rechtsanwalt Elze, rief den Anwesenden ein herzliches Willkommen zu. „Ihr zahlreiches Erscheinen beweist, eine wie große Bewegung der Entwurf des neuen Volksschulgesetzes im ganzen Volke hervorgerufen, es ist auch ein klares Zeugniß dafür, daß die Bewegung keine künstlich erzeugte ist; sie kommt aus dem innersten Herzen des Volkes selbst. Und was ist es denn, was diese Bewegung geschaffen? Gestehen wir's doch offen; Wir fürchten, daß, wenn das Gesetz gutgeheißen und genehmigt wird, wie es jetzt vorliegt, damit ein weiterer Schritt Rom zu Liebe gethan wird. Das ist es, wogegen wir uns wehren, wogegen wir hoch und heilig protestiren wollen. Noch viele andere schwere Bedenken haben wir gegen das Gesetz; alle diese frei und offen zu erörtern und Mittel und Wege zur Wegräumung derselben zu finden, nachzusinnen, wie wir die uns drohende Gefahr noch abwenden können, das ist Zweck und Ziel unserer heutigen Versammlung; um so leichter hoffen wir es zu erreichen, als einer unserer Abgeordneten die Freundlichkeit hatte; zu uns zu kommen, einer der Herren, die schon zu wiederholten Malen vor den Vertretern unseres ganzen Volkes unter warmer Anerkennung und lebhaftem Beifall gesprochen haben."

Als dann Herr Professor Dr. Friedberg, der Landtagsabgeordnete des Saalkreises, sich zum Worte erhob, um über den Entwurf des neuen Volksschulgesetzes zu sprechen, brachen die Anwesenden in stürmischen Beifall aus.

Herr Prof. Dr. Friedberg: Der Beifall sei ihm ein Beweis der Anerkennung seiner Wähler für seine bisherige Thätigkeit im Landtage, und er hoffe, sich derselben auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920206029/fragment/page=0001

weiterhin erfreuen zu dürfen. Redner skizzirt zunächst in kurzen Worten den Inhalt des Entwurfes, der an die Stelle des vorjährigen Goßler'schen getreten sei; wenn er auch in einzelnen Punkten sich vor dem letzteren auszeichne, so stehe er doch in vielen anderen dahinter zurück. Namentlich in zwei Punkten welche er wesentlich von demselben ab, erstens dadurch, daß die Confessionalität auf das Schärfste durchgeführt wird, sodann, daß demselben gegen den Goßler'schen Entwurf zwei neue Abschnitte hinzugefügt sind: erstens in Bezug auf die Ausdehnung des Privatunterrichts, sodann in Betreff der Vorprüfung über die Vorbildung der Lehrer. Nicht zu verkennen sei es, daß der Entwurf gewisse Vorzüge habe, doch befänden sich diese auf einem Gebiete, welches das Gesetz als ein Schuldotationsgesetz erscheinen lasse. Es ist in erster Linie die Einschiebung einer Mittelinstanz zwischen Regierung und Schulvorstand, Kreis- und Staatsschulbehörde, welche mit Befugnissen versehen ist, welche die frühere Selbstverwaltung nicht hatte. Ferner ist als eine entschiedene Verbesserung im Vergleich zu dem vorjährigen Entwurfe zu betrachten die Fixirung eines Mindestgehaltes für die Lehrer und daß statt wie bisher nach 10 Dienstjahren jetzt schon nach 5 Jahren die Gehaltszulagen beginnen sollen, womit einem dringenden Bedürfnisse entsprochen wird.

Dagegen aber hat der Entwurf nun auch wesentliche Rückschritte aufzuweisen gegen den vorjährigen und mehr noch gegen das, was in den Commissionsberathungen herausgekommen war. Wir wenden uns als ersten Punkt gegen die furchtbar übertriebene Confessionalität. Danach soll an einer Schule kein Lehrer anderer Confession angestellt werden und soll schon bei 30 Schülern einer Confession eine besondere Schule errichtet werden. Namentlich bei mehrklassigen Schulen muß es als eine große Uebertreibung angesehen werden, wenn hier nur Lehrer einer Confession angestellt werden sollen.

Ein weiterer Punkt, der zu Bedenken Anlaß giebt, sind die Simultanschulen und ihre Behandlung. Sie haben je nach den Ortsverhältnissen ihre Vortheile und Nachtheile, und deshalb würde man am besten thun, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wo die Simultanschulen das Herrschende sind, wo sie sich bewährt haben, — welcher Grund ist vorhanden, dort die zukünftige Einrichtung von Simultanschulen unmöglich zu machen. Zwar ist denselben durch das Gesetz insofern ein Schutz gesichert, als die gegenwärtig existirenden Simultanschulen fortbestehen bleiben sollen. Aber in unserer Zeit kann an jedem Tage sich das Bedürfniß der Errichtung weiterer Simultanschulen ergeben. Hier ist die Möglichkeit, diesem Bedürfnisse dann zu entsprechen, mit einem Fingerstrich total zu nichte gemacht.

Ein dritter Punkt ist die Ertheilung des Religionsunterrichtes. Im § 18 des Entwurfs heißt es: „Mit Ertheilung des Religionsunterrichtes dürfen nur solche Lehrer beauftragt werden, welche sich im Besitze eines die Befähigung zur Ertheilung des Religionsunterrichtes aussprechenden Lehramtszeugnisses befinden. Der von den (den Unterricht leitenden) Religionsgesellschaften mit der Leitung des Religionsunterrichts beauftragte Geistliche oder Religionsdiener hat das Recht, dem Religionsunterricht in der Schule beizuwohnen, sich von der sachgemäßen Ertheilung desselben und von den Fortschritten der Kinder zu überzeugen, den Lehrer nach Schluß des Unterrichts sachlich zu berichtigen, sowie dementsprechend mit Weisungen zu versehen." Hört da der Lehrer nicht auf, Lehrer zu sein, kann er da frei und unbefangen unterrichten? Der Geistliche mag sich von der Ertheilung des Unterrichts überzeugen, es mögen Beschwerden der Aufsichtsbehörde mitgetheilt werden, damit diese Remedur schaffen kann. Unter den Bedingungen, die der Entwurf aufstellt, wird aber der Lehrer darauf verzichten, den Religionsunterricht zu ertheilen. — Wir kommen dann zur Prüfung der Vorbildung der Volksschullehrer. Der Vertreter der Kirchengesellschaft soll hier ein absolutes Veto abgeben über die Befähigung des jungen Lehrers. Wird er für unfähig erklärt zur Ertheilung des Religionsunterrichts, so ist es für ihn, der im Uebrigen durchaus tüchtig sein mag, eine absolute Unmöglichkeit, überhaupt weiter zu unterrichten. Der Minister hat sich auf den badischen Gesetzentwurf berufen, aber dort sind die Verhältnisse andere. Dort schadet es dem Lehrer sehr wenig, wenn er den Religionsunterricht nicht ertheilt. Der letztere wird dort von den Geistlichen ertheilt und der Lehrer hat ihn nur zu unterstützen; er braucht gar nicht Religionslehrer zu sein. Durch die Verweigerung des Befähigungsscheines zum Religionsunterrichte stellt man dem Lehrer in Preußen das Zeugniß aus, daß er vollkommen rechtlos ist. Er kann dann nicht mehr unterrichten, und es ist uns der Beweis erbracht, daß man der Geistlichkeit mehr Einfluß einräumt, wie dem Lehrer. (Bravo!)

In der Behandlung der Dissidentenfrage müsse auf das Gewissen der Kinder Rücksicht genommen werden. Wenn der Minister sagt, die freireligiösen Parteien erkenne er nicht an, dann würden die Kinder einfach der evangelischen oder katholischen Confession unterstellt werden. Dadurch würde ein gewisser religiöser Zwang ausgeübt werden.

Ein fünfter Punkt ist die Frage des Schulvorstandes der Gemeinden. Zwar hat man der Kreis- und Stadtschuldeputation einige Rechte zuerkannt, welche sie früher nicht hatten, dagegen aber ist Vieles aus ihren Befugnissen herausgestrichen und den Schulvorständen überwiesen worden. An die Stelle der Regierungsschulräthe tritt zumeist der Regierungspräsident. Die Regierungsschulräthe haben sich vielleicht bei Manchem unbeliebt gemacht, aber Alles, was sie gethan haben, haben sie gethan im Interesse des Gedeihens der Volksschule. Und wenn wir sie verlieren, so ist nichts im Stande, uns diese Tradition zu ersetzen. — Was das Lehrerwahlrecht der Gemeinden anbetrifft, so sind manche Gemeinden, in denen es besteht. In diesen beabsicht man, es einfach zu eskamotiren, anstatt es denselben zu belassen, wie es möglich gewesen wäre.

Fragen wir nun: warum hat man denn alle die konfessionellen Bedenken in den Entwurf gebracht, warum ist die Regierung so weit gegangen? Man sagt, um den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu steuern, und aus diesem Grunde könne die Schule der Religion nicht entbehren. Aber die Caprivi'sche Logik: „Braucht die Schule die Religion, so wird für die überwiegende Mehrzahl aller Preußen keine Frage mehr sein, daß die Schule das Christenthum braucht; braucht die Schule aber das Christenthum, so kann sie es nicht ergreifen und erfassen ohne Confession; braucht die Schule Confessionen, so braucht die Schule den Zusammenhang mit der Kirche, von welcher die Confessionen ausgehen und gehandhabt werden," — diese Logik führt in ihrer Fortsetzung dahin, daß wir einen katholischen und einen evangelischen Kultusminister haben müssen. Dann werden die gemeinsamen Interessen des Volkes immer mehr auseinander gerissen, beide Confessionen einander immer mehr entfremdet, sodaß ein Zusammengehen derselben unmöglich, daß es ebenso unmöglich ist, daß man etwa einen Jugendfreund anderer Confession haben könnte. Es wäre ein Rückschritt in der Entwickelung der gegenseitigen Toleranz, wie man ihn gar nicht für möglich halten sollte. (Stürmischer, lange anhaltender Beifall.)

Opfern wir mit dem Zustandekommen des Gesetzes nicht die ganze Volksschule, so opfern wir unser staatliches Unterrichtswesen und das Selbstbewußtsein unseres Lehrerstandes. Das aber dürfen wir der Kirche nicht preisgeben. Und daß von der preußischen Regierung ein solcher Entwurf ins Land geschickt wurde, das ist für mich mindestens betrübend.

Redner kommt noch kurz auf den Privatunterricht zu sprechen und bedauert die weite Ausdehnung desselben, wodurch es u. A. auch Frauen und Ordensbrüdern ermöglicht wird, der deutschen Jugend Religionsunterricht zu ertheilen, wenngleich sich die Regierung damit beruhigt, daß die Berechtigung der Orden von der Genehmigung des Staates abhänge. Wenn wir sehen, daß an jedem Tage ein Stein mehr abbröckelt von dem Damm, der dem Hereinbrechen der Hierarchie entgegengestellt ist, wenn wir nicht wissen, ob uns nicht schon das nächste Jahr die Herrschaft der Priester bringt, dann es ist nothwendig, daß wir der dringenden Gefahr gebieten. Und diese Gefahr kann nur abgewendet werden, wenn wir Alle fest und stark zusammenhalten. Mit Freuden konstatire ich, daß die Freisinnigen den Standpunkt der Nationalliberalen Partei theilen, und daß sich auch die Freikonservativen uns angeschlossen haben. Diese Parteien müssen zusammenhalten, um den Entwurf zum Fallen zu bringen oder ihm eine Form geben, die ihn Allen annehmbar erscheinen läßt. In den letzten Tagen hat dieses gemeinsame Vorgehen bedauerlicher Weise einen Riß bekommen insofern als der Abgeordnete Eugen Richter, anstatt mit den Nationalliberalen und Freikonservativen Schulter an Schulter geschlossen zu marschiren, sich in der „Freisinnigen Zeitung" mit den Ersteren reibt, weil er (Redner) gewissermaßen habe durchblicken lassen, daß seine Partei der Regierung nachgeben wolle. Wenn er aber weniger energisch gesprochen habe, so liege das an dem milderen Verhalten des Ministerpräsidenten. Daß ihm starke Register zur Verfügung ständen, sei Allen bekannt, aber es sei nicht gut, diese immer aufzuziehen. Oft sei erwähnt worden, daß beabsichtigt werde, eine große liberale Partei zu bilden. Dazu sei die Zeit jetzt nicht reif, weil jetzt die bestehenden Gegensätze der einzelnen Parteien nicht zu überwinden seien. Aber schließt das aus, daß sie Schulter an Schulter kämpfen? Nein. Ich möchte hoffen, daß die nationalliberale Partei in der freisinnigen eine treue Bundesgenossin findet. Stets standen die Nationalliberalen im Vordergrunde, wenn es sich darum handelte, unberechtigten Forderungen einer Hierarchie entgegenzutreten, stets erfreuten sie sich des Vertrauens des Volkes, und durch ihre Haltung in der Frage des Volksschulgesetzentwurfes glauben sie dies Vertrauen auf's Neue zu rechtfertigen.

Stürmischer Beifall folgte den Worten des Redners, für die ihm der Vorsitzende den Dank der Versammlung aussprach. — Von den Anwesenden außerordentlich lebhaft begrüßt, ergriff dann Herr Professor D. Beyschlag das Wort, um vom kirchlich-evangelischen Standpunkte über den Gesetzentwurf zu sprechen. Wie der nationalliberalen und freikonservativen Partei Dank dafür gebühre, daß sie mannhaft jenen romanisirenden Tendenzen entgegengetreten, welche einem fremden Geschlechte ihr wucherndes Dasein verdanken, so gebühre ihnen auch Dank dafür, daß sie mit ihrem Verhalten den Verhältnissen der Gegenwart, sowie der evangelischen Religiosität, zugleich aber auch den berechtigten konfessionellen Anforderungen Rechnung getragen. Wir wollen eine Schule, wo man Luther ehrt und sich seiner Lehren nicht schämt, wo besonders die Religion das geweihte Mittel der Erziehung in den Händen des Lehrers ist. Etwas anderes als die konfessionelle Schule ist die klerikale Schule, die der Entwurf uns bietet; darauf müssen wir fußen. Wenn der Herr Reichskanzler sagt, daß der gegenwärtige Entwurf ziemlich gleichbedeutend ist mit dem vorjährigen des Herrn v. Goßler, dann möchte ich ein großes Fragezeichen hinter die Frage setzen, ob er den vorjährigen Entwurf so gut studirt hat, wie den vorliegenden. Und wenn er im letzten Jahre den Goßler'schen Entwurf vertreten hat und jetzt für den gegenwärtigen eintritt, dann weiß der beschränkte Unterthanenverstand nicht, was er dazu sagen soll. — Ein römischer Grundsatz ist es, die Dissidentenkinder zu einem Bekenntnisse zu zwingen. — Was die Simultanschulen betrifft, so bestehen in Preußen über 500, die sich immer auf's Neue bewähren. Soll nun in die Bevölkerung wirklich die Ueberzeugung getragen werden, daß es eine Sünde ist, die Kinder beider Konfessionen zusammmen zu unterrichten?

Redner wendet sich weiter gegen die Vorbildungsprüfung der Lehrer durch einen Vertreter der Kirchengesellschaft. Der junge Lehrer, von dem als Erstes Wahrhaftigkeit und Ueberzeugungstreue gefordert werden soll, mag die Prüfung im Allgemeinen ganz gut bestanden haben, aber er mag etwas gesagt haben, was dem betreffenden Vertreter gerade nicht paßte; dann wird die Zukunft des vielleicht begabten und tüchtigen Lehrers mit einem Schlage zu Grunde gerichtet, und wir übertreiben wohl nicht, wenn wir sagen: „So werden Heuchler erzogen." Der Lehrer steht da als der Ketzer, als der unkirchliche Mann. Und wer übernimmt für ihn die Ertheilung des Unterrichts? Der Geistliche, der keine pädagogische Kenntniß besitzt, der nicht als praktischer Lehrer gebildet ist, der nicht versteht, auf die Eigenartigkeiten der Kinder einzugehen. Wenn dann ein katholischer Lehrer sagt, ich trage den Kindern vor, was der Papst mir sagt, nicht, was die Kirchenbehörde lehrt, — wir stehen machtlos da. Was wollen wir machen, wenn gelehrt wird, daß der Papst Recht hat, den Kaiser abzusetzen, was, wenn das Alles gelehrt wird, was im Syllabus steht? Unsere Staatsmänner müssen nicht viele Ahnung von dem haben, was die Zöglinge der bischöflichen Seminare lehren würden. Es würde nicht der beste Unterricht werden, den sie der deutschen Jugend ertheilten. Man fragt sich unsonst, wie die Regierung zu solchem Gesetz gekommen ist. Der Ministerpräsident sagt, wir müssen mit unseren katholischen Mitbürgern zum Frieden kommen. Ja, wir haben geglaubt, der Friede sei geschlossen, nachdem Alles geschehen, was geschehen konnte, nachdem der katholischen Kirche alle Rechte wieder eingeräumt worden sind, die sie irgendwie beanspruchen konnte. Oder versteht man unter „katholische Mitbürger" den Ultramontanismus? Ist dies der Fall und glaubt man mit diesem und seinen Hierarchiegelüsten überhaupt in Frieden leben zu können, dann weiß ich allerdings für diesen Gedanken kein anderes Wort als naiv. — Die Sache liegt im Augenblick traurig genug. Wird das Gesetz so angenommen, wie es im Entwurf lautet, dann wird die innere Erregung nicht ruhen, bis es beseitigt ist. Wird es aber genehmigt und werden nachher die bedenklichen Stellen herausgestrichen, so wird doch unsere Regierung bedeutend an Ansehen verlieren. In Oesterreich und überall würden wir durch das Gesetz unsere besten Freunde verlieren; wir müssen deshalb mit dem ernsten Willen, zu bessern, an die Arbeit gehen. Vielleicht daß wir zu langmüthig, zu tolerant waren, daß es eine göttliche Fügung ist und wir jetzt, wo es uns an die Lebenswurzel geht, ausrufen sollen: „Bis hierher und nicht weiter!"

Wiederum erfolgten stürmische Beifallsbezeugungen, die den Redner auch im Verlaufe der Rede wiederholt unterbrochen hatten.

Herr Rektor Dr. Wohlrabe geht in kurzen Worten vom Standpunkte des praktischen Schulmannes auf den Gesetzentwurf ein und betont, daß schon der alte Fritz sagte: es gehöre nur Einer auf das Katheder der Schule. Entweder der Lehrer oder der Oberaufseher sei überflüssig. Redner verweist ferner auf das sächsische Gesetz, wo zwar auch der Geistliche das Recht habe, den Unterricht zu prüfen, doch sei dabei zu beobachten, daß Sachsen ein evangelisches Land sei und äußerst wenig katholische Bevölkerung habe.

Herr Professor Meyer geht auf die Aeußerung des Reichskanzlers ein, daß es sich um den Kampf der Religion gegen den Atheismus handele. Jeden, der es ernst und ehrlich mit dem preußischen Staat meine, müsse das tief betrüben. Preußen war der erste Staat Deutschlands, welcher es in Schlesien verstand, mehrere Konfessionen unter einem Szepter zu vereinigen. Nicht um den Kampf der Religion gegen den Atheismus handelte es sich, sondern darum, ob der Staat der Kirche ausgeliefert werden solle. Aber es sei nicht nöthig, daß der Staat die Oberhoheit behalte. Die Lehrer sollen nicht zu Knechten herabgedrückt werden; sie sollen innerhalb der gesteckten Grenzen nach eigenem Ermessen, nach ihrer Ueberzeugung schalten können, und nur beim letzten Worte soll der Staat mitzusprechen haben. — Wenn Caprivi der Meinung sei, daß man die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterdrücken könne durch die Religion, so sei das nichts anderes, als zu glauben, man könne den Teufel austreiben durch Beelzebub. Wenn die Regierung selbst ihre Rechte aufgiebt, so müssen es die Vertreter des Volkes und in erster Linie die nationalliberale Partei als ihre Pflicht ansehen, die Rechte des Staates aufrecht zu erhalten, ein derartiges Gesetz zu bekämpfen und es zu Falle zu bringen.

Nachdem noch Herr Professor Loofs und Herr Gymnasial-Oberlehrer Dr. Regel gesprochen, wird eine von Herrn Rektor Dr. Wohlrabe eingebrachte Petition einstimmig genehmigt. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„An das hohe Haus der Abgeordneten erlauben sich die unterzeichneten Bürger der Stadt Halle und des Saalkreises nachstehende Petionen zu richten:

Der dem hohen Hause der Abgeordneten vorgelegte Entwurf eines Volksschulgesetzes entspricht nicht den Erwartungen, welche weite Kreise der Bevölkerung an einen solchen geknüpft hatten.

Der übertriebene confessionelle Standpunkt, auf welchem der Entwurf gegründet ist, gefährdet den Frieden und die Eintracht einer religiös gemischten Bevölkerung und entspricht nicht dem Geiste der gegenseitigen Toleranz, die unser Zeitalter üben sollte. Der gewaltige Einfluß, der der Geistlichkeit eingeräumt wird, bedroht den staatlichen Charakter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920206029/fragment/page=0002

der Volksschule und bringt den Lehrerstand in eine unerwünschte Abhängigkeit vom Klerus. Bei der verschiedenen Organisation beider Schwesterkirchen ist es wahrscheinlich, daß nur die katholische Kirche von diesem gesetzlichen Zustande und namentlich von der Freilegung des Privatunterrichts Vortheil ziehen würde und zwar auf Kosten der evangelischen Bevölkerung und der evangelischen Kirche.

Die Befugnisse, die der Selbstverwaltung übertragen sind, stehen in keinem Verhältniß zu den Lasten, welche den Gemeinden durch den Gesetzentwurf auferlegt werden sollen. Auch sind der Behörden zu viel und die Geschäfte zu verwickelt. Aus allen diesen Gründen richten wir an das hohe Haus der Abgeordneten die Bitte, dem Volksschulgesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung die Zustimmung versagen zu wollen."

Der Vorsitzende giebt Namens der Versammlung seiner großen Freude Ausdruck über die herrlichen Worte, welche namentlich unser Landtagsabgeordneter Herr Prof. Dr. Friedberg, sowie Herr Professor D. Beyschlag gesprochen, und tebt hervor, daß die nationalliberale Partei nach wie vor treu zu Kaiser und Reich stehe, und wenn sie auch einmal mit einer Regierungsmaßregel nicht einverstanden sei, sie würde darüber doch nie die angestammte Liebe zum Herrscherhause vergessen, fest und treu demselben stets zur Seite stehen. Mit einem begeistert aufgenommenen, vom Vorsitzenden ausgebrachten Hoch auf Se. Majestät den Kaiser endete die Versammlung um 10½ Uhr.

⊙ Der **naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen** hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende, Herr Professor Fretherr v. Fritsch bekannt machte, daß der Alpenverein der Krim sich an den Verein wegen Schriftenaustausch gewendet habe. Herr Lehrer Bier legte Photographien von verschiedenen Thälern, Ansiedlungen u. s. w. vor. Herr Dr. Erdmann machte auf eine Arbeit von Lunge und Schmidt aufmerksam, die sich über die Nutzverwendung des Alumeniums zur Herstellung von Speisegeräthen verbreitet. Herr Privatdocent Dr. Schuppan sprach über die Bekämpfung der Gelbsucht der Pflanzen. Verdünnte Eisenvitriollösungen, erzielten den Wurzeln zugeführt und auf die Blätter gespritzt, erfreuliche Erfolge. Die Blätter verloren das krankhafte Aussehen und erhielten ihre natürliche Farbe wieder. Prof. Dutour-Lausanne wendet mit noch besserem Erfolge eine Lösung von Eisenvitriol und Kalk zu gleichem Zwecke an.

— **Im Walhalltheater** übt unter den zahlreichen durchweg vorzüglichen Künstlerkräften des diesmaligen Spielplanes Richard Riegel's aus zehn Damen bestehende Ballet-Gesellschaft eine besondere Zugkraft auf das Publikum aus, und in der That leistet dieselbe sowohl im Solotanz als in den Ensembles Hervorragendes. Einen besonderen Reiz gewährt außerdem die stete Abwechselung in den Bollets, welche täglich andere sind. Auch die Pantomime „Im Mädchenpensionat", von der Gesellschaft Hermandez gemeinschaftlich mit Riegel's Ballet-Gesellschaft dargestellt, gefällt außerordentlich.

— **Raummangels wegen** werden wir über die Sitzung der Vorstände der kommunalen Vereine, in welcher eine Petition zur Abschaffung der städt. Grund- und Miethssteuer beschlossen wurde, in nächster Nummer berichten.

= **Schwamm.** In den dem Korps Borussia hierselbst gehörigen, am Jägerplatz belegenen Hause ist der Schwamm ausgebrochen. Mit Rücksicht auf diesen Umstand, sowie darauf, daß die Räume zu klein sind, beabsichtigt eine Genossenschaft, die mittels Statuts vom 8. Januar cr. unter der Firma „Preußenhaus, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht" sich gebildet hat, ein oder mehrere Häuser hier zu erwerben, behufs Beschaffung billiger Genußmittel und Förderung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder des Korps Borussia.

Provinz und Reich.

Erfurt, 4. Februar. Gestern starb hier an den Folgen der Influenza der Director des hiesigen königlichen Gymnasiums Georg Heß. Er hatte erst am 1. April v. J. das Directorat übernommen, nachdem er bis dahin am Gymnasium zu Altona als Director gewirkt hatte.

Gera, 3. Februar. Das heute erschienene „Amts- und Verordnungsblatt" veröffentlicht folgende Mittheilung: „Am 11. Juli d. J. werden es 25 Jahre, seitdem Seine Durchlaucht der Fürst die Regierung des Landes angetreten haben. Höchstderselbe wollen diesen Tag in der Stille begehen und wünschen deshalb, daß das Regierungs-Jubiläum keine Veranlassung geben möge zu Geschenken, kostspieligen Adressen, Abordnungen und größeren Festlichkeiten. Seine Durchlaucht der Fürst sind überzeugt, daß auch ohne diese äußeren Kundgebungen die Bevölkerung des Landes an jenem Erinnerungstag in Liebe und Treue ihres Landesherrn gedenken wird."

Leipzig, 4. Februar. Die Internationale Ausstellung für das Rothe Kreuz wurde heute früh 11 Uhr in Gegenwart des Königs Albert, mehrerer Mitglieder des Königshauses, des sächsischen Gesammt-Ministeriums, 76 Mitgliedern der Ständekammern, der Spitzen der Militär- und Civilbehörden, sowie vieler geladener Ehrengäste eröffnet.

Leipzig, 4. Februar. Der Verband Deutscher Handlungsgehülfen zu Leipzig hat in diesen Tagen das 40,000. Mitglied aufgenommen. Nach zehnjährigem Bestehen verdankt der Verband diesen wohl beispiellosen Erfolg unter den auf Selbsthülfe gegründeten Vereinen hauptsächlich seinen bewährten gemeinnützigen Einrichtungen und Bestrebungen. Die geschäftliche Thätigkeit wird in der Centralstelle Leipzig und durch Filialen in Berlin, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr. und Nürnberg, sowie durch Kreisvereine in halb 300 Orten ausgeführt und umfaßt Stellenvermittelung, Rechtsschutz, Unterstützung, Kranken- und Begräbnißkasse (die größte und leistungsfähigste freie Hülfskasse für Kaufleute), Wittwen- und Waisenkasse, sowie Altersversorgungs- und Invaliditätskasse. In allen genannten Abtheilungen herrscht ein rühriges Treiben zur Betriedigung der Betheiligten. Hierzu kommen die Bestrebungen zur Hebung des Kaufmannsstandes, wozu die letzten Jahre vielfach Gelegenheit geboten haben. So ist es zur Zeit besonders die Regelung der Sonntagsruhe, die in den Mitgliederkreisen, in den Kreisvereinen, erörtert wird und zu Vorschlägen an die zuständigen Behörden führt. Die Tendenz des Verbandes wird von den Handelskammern anerkannt, die großen Erfolge stellen ihm ebenfalls das beste Zeugniß aus, es ist daher jedem Berufsgenossen der Anschluß an den Verband Deutscher Handlungsgehülfen nur zu empfehlen.

Handel und Verkehr.

† Mehlbörsenverein zu Halle a. S., den 4. Februar 1892. Für 100 Kilogramm netto Kaiser-Auszug 34,50 bis 36,00 Mk. Weizenmehl 00 31,00 bis 32,00 Mark, Weizenmehl 0 29,00 bis 30,00 Mk. — Roggenmehl 0 32,00 bis —,— Mk. — Roggenmehl 0|1 31,00 bis —,— Mk. — Futtermehl 18,50 bis —,— Mk. — Roggenkleie 13,00 bis —,— Mk. — Weizenkleie f. 12,50 bis —,— Mk. — Weizenschaale 12,00 bis —,— Mk. — Haidemehl 25,00 bis —,— Mk.

= **Der Naumburger Bankverein**, welcher 1889 infolge des Inkrafttretens des Genossenschaftsgesetzes aus dem Vorschußverein hervorging, (Grundkapital ¾ Millionen Mark) ist insolvent. Betheiligt ist u. A. die Deutsche Genossenschaftsbank in Berlin.

Coursbericht der Bankfirmen zu Halle a. S.

(Börse vom 5. Februar 1892.

	Dividende für		Zinstermin	Abs.	Courswerth
Hallesche 4½ Stadt-Anl. v. 1882	—	—	¼ u. 1/10	4	101,— G.
„ 3½% Theater- „ 1884	—	—	¼ u. 1/10	3½	96 B.
„ 3½% Stadt- „ 1886	—	—	1/4 u. 1/10	3½	95,75 G.
Erfurter 3½% „ „	—	—	¼ u. 1/10	3½	94,50 B.
Halberstädter 3½% „ 1890	—	—	do.	3½	94,50 B.
Naumburger 3½% „ „	—	—	1/4 u. 1/10	3½	94,50 B.
Sächs. 4½ landschaftl. Pfandbr.	—	—	1/4 u. 1/7	4	102,— G.
„ 4% Provinztal-Anleihe	—	—	1/4 u. 1/7	4	101,— B.
„ 3½% „	—	—	do.	3½	96,25 B.
Anstrut-Regul. 3½% Obligat. (Brill.-Nebra)	—	—	do.	3½	96,50 B.
Grölln. Actien-Papier-Fabrik				4	
4% Hypoth.-Anleihe	—	—	1/4 u. 1/7		95,— G.
Körbisdorf Zucker. Hyp.-Anl.	—	—	1/4 u. 1/10	4	99 G.
Ludwig II., Gewerkschaft „	—	—	1/4 u. 1/7	4	97,50 B.
Naumb. Braunkohlen „	—	—	1/4 u. 1/7	4	98 B.
Sächs.-Thür. Braunk.-Verw. 4½% Schuldverschr.	—	—	do.	4½	102,50 G.
Werschen-Weißenfelser Braunk. 4½% Schuldverschr.	—	—	do.	4½	102,50 G.
Hallesche Bankvereins-Actien	1890	9½	1/1	5	158,50 bez.
Spar- u. Vorschuß-Bank-Akt.	1890	9	1/1	4	122,50 G.
Könnern Malzfabrik-Actien	1890/91	12	1/7	5	—
Crölliwitz, Act.-Pap.-Fabr.-Act.	1890/91	7	1/7	4	—
Dörstewitz-Rattmannsd. Braunk.-Ind.-Actien	1890/91	6	1/1	4	82 B.
Eisenburger Kattun-Manuf.-Act.	1890/91	0	1/1	4	39,50 B.
Feldschlößchen-Brauerei-Actien	1890/91	5½	/10	4	103 B.
Glauzig, Zuckerfabrik-Act.	1890/91	12½	4	4	127,— B.
Hallesche Maschinenfabrik-Actien	1890	35	1/7	4	316 B.
Hallesche Straßenbahn-Actien	1890	6	1/4	4	—
Hildebrand'sche Mühlenw.-Act.	1890/91	18½	1/4	4	148,— G.
Körbisdorf, Zuckerfabrik-Actien	1890/91	8	1/4	4	113,— G.
Landsberger Malzfabrik-Actien	1890/91	12	1/7	5	200 G.
Naumburger Braunk.-Act.	1890/91	6⅔	1/1	4	105 bez. G.
Niemberger Malzfabrik-Actien	1890/91	0	15/8	4	—
Wachholz-Actien*)	—	—	fco.	fco.	263 G.
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Act.	1890	9	1/1	4	—
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Pr.	1890	9			
Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-St.-Actien	1890/91	11	1/1	5	180 G.
Zeitzer Maschinenb.-Act. (Schröde)	1890/91	20	1/7	4	—
„ Paraff.- u. Solarölfabr.-Act.	1890/91	6	1/7	4	—
Zinkerzraffinerie Halle-Actien	1890/91	7	1/10	4	119,— B.
Brauchorf-Mietleb.-Bergb.-Ver. (Kaye)	—	—	fco.	fco.	—
Consol. Hall. Brünnerich, Kaye*)	—	—	fco.	fco.	195 G.

*) Die Course der mit * bezeichneten Effekten verstehen sich pro Stück.

Letzte Telegramme.

Breslau, 4. Februar. Das Wasser der Oder fällt langsam, einzelne thalwärts getriebene Fahrzeuge kamen bis Steinau, andere bis Dyernfurth. Bei Jeltsch besteht noch eine 5 Kilometer lange Eisstockung, welche Pionniere abzusprengen trachten. Da dieses ganze Eis durch Breslau muß, bieten die hier im Strome liegenden Fischer Alles auf, um sich zu sichern. Die gestern verunglückten Kähne sind meist Eigenthum von Kleinschiffern; auch jetzt ist noch unklar, ob und wie viel Menschen ums Leben gekommen sind. Eine ganze Familie, die sich auf einem losgerissenen Schiffe befand, wird vermißt, doch hofft man, daß es ihr gelungen ist, sich auf thalwärts verankerte Kähne zu retten.

Bamberg, 4. Februar. Die Weyermann'sche Farbenfabrik ist vollständig niedergebrannt.

Wien, 4. Februar. Polnischen Blättern zufolge beabsichtigt die russische Regierung, nachdrückliche Maßregeln gegen die Ansiedelung von Fremden in Russisch-Polen, Wolhynien und Podolien zu ergreifen.

Wien, 4. Februar. Der an den Handelsvertragsverhandlungen betheiligt gewesene Sektionschef Freiherr Glanz von Eicha erhielt das Großkreuz des Franz-Josefs-Ordens.

Wien, 4. Februar. Das Abgeordnetenhaus ist heute in der Spezialdebatte über den Börsensteuergesetzentwurf eingetreten.

Budapest, 4. Februar. Fortdauernde Regengüsse verursachen Hochwasser. Mehrere Dörfer des Budapester Comitats stehen bereits unter Wasser, diese andere stehen in größter Gefahr.

Veregszasz, 4. Februar. Anläßlich der Wahlen hat gestern zwischen dem Obergespan Lonyay und dem bei der Wahl unterlegenen Kandidaten der Unabhängigkeitspartei Luby, ein Säbelduell stattgefunden. Lonyay wurde leicht, Luby schwer verletzt.

Amsterdam, 4. Februar. Aus einem Postwagen des Paris—Amsterdamer Schnellzuges wurden 17 Werthsendungen im Betrage von 182,000 Frcs. gestohlen. Der Diebstahl wurde zwischen den Stationen Rosendael und Utrecht verübt. Von den Dieben konnte bis jetzt keine Spur entdeckt werden.

Amsterdam, 4. Februar. In einer von dem hiesigen Börsenkomitee veranstalteten Versammlung der Inhaber portugiesischer Schuldscheine wurde der Bildung eines Comitees zugestimmt, welches mit dem Schutze der Interessen der Gläubiger Portugals beauftragt werden soll. Zwei Vertreter des entsprechenden Comitees in Rotterdam erklärten, den gefaßten Beschlüssen beitreten zu wollen.

London, 4. Februar. Der Arzt Sir Morell Mackenzie ist gestern Abend in Folge eines Influenza-Anfalls gestorben.

London. 4. Februar. Briefe aus Rabat (Marocco) melden, daß daselbst ganz offen von einem Sklavenhändler Sklaven verkauft werden, ohne daß die Vertreter der fremden Mächte Schritte unternehmen, um dieses zu verhindern.

London, 4. Februar. Nach einer Meldung aus Malta sitzt das englische Panzerschiff „Viktoria", welches am 29. vorigen Mts. in der Nähe von Missolunghi aufgefahren ist, trotz wiederholter Versuche, das Schiff wieder flott zu machen, obgleich die Kanonen und 2000 Tonnen schweren Geräths ausgeladen sind.

Madrid, 4. Februar. Ein furchtbarer Sturm richtete große Verwüstungen an und warf zahlreiche Schornsteine, Mauern, Veranden und Klöske um. Zehn Menschen wurden schwer und sehr Viele leicht verwundet.

Petersburg, 3. Februar. In unterrichteten Kreisen wird der frühere Militäroberprokureur Generaladjutant Fürst Imeritinsky als der wahrscheinlichste Nachfolger des Verkehrsministers Hübbenet bezeichnet.

Warschau, 4. Februar. Neuerdings sind hier 29 Reichsdeutsche ausgewiesen worden.

Odessa, 4. Februar. Hier herrscht seit einiger Zeit eine wahre Brandepidemie, die infolge der ungenügenden Löschvorrichtungen, des chronischen Wassermangels und der Zusammengedrängtheit der Wohnungen um so schrecklicher wirkt. Der Stadthauptmann hat die höhere Obrigkeit ersucht, alle der Brandstiftung schuldigen Personen dem Kriegsgericht zu übergeben. Die hiesigen Versicherungsgesellschaften lehnen die Uebernahme von Versicherungen in Folge der Brandepidemie ab.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: Julius Rudolph.

Sonnabend, den 6. Februar 1892.

144. Vorstellung. — 37. Vorstellung außer Abonnem.

Zweites und letztes Gastspiel des Hoftheater-Direktors Friedrich Haase.

Ehrenmitglied des Kgl. Hoftheaters in Dresden.

Lorbeerbaum und Bettelstab

oder

Drei Winter eines deutschen Dichters.

Schauspiel in 3 Akten und einem Nachspiel von Carl von Holtei.

Personen:

Geheimrath von Grund	Karl Funk.
Eduard von Grund, Assessor, sein Sohn	Adolf Schumacher.
Chevalier Fedor von St. Erval	Walter Schmidt-Häßler.
Baron von Amsel, Bankier	William Schirmer.
Agnes, seine Tochter	Elisabeth Greve.
Intendant des Theaters	Eduard Strauß.
Herr von Freundlich	Karl Häußler.
Ernst, } Eduard und Heinrichs Freunde	Cäsar Markgraf.
Theodor, } Eduard und Heinrichs Freunde	Max Rohrmann.
Leopold, } Eduard und Heinrichs Freunde	Ernst Böttcher.
1. } Dame der Gesellschaft	Rosa Einöder.
2. } Dame der Gesellschaft	Leonore Mühldorfer.
3. } Dame der Gesellschaft	Mathilde Rohrmann.
Heinrich, ein Schriftsteller	*
Mathilde, seine Frau	* Louise Brodsky.
Balzer, Gärtner bei von Amsel	Karl Friedau.
Henriette, } Kinder von Grund	Jenny Schneider.
William, } Kinder von Grund	Karl Brinkmann.
Hauswirth in Wiesbaden	Edmund Doß.
Ein Kellner	Adolf Dalwig.
Ein Gärtner	Otto Berger.
Ein Arbeiter	Karl Albrecht.
Ein Bedienter	Gottfried Greger.
Ein Diener	Max Landrath.

* * * **Heinrich, Schriftsteller — Friedrich Haase als Gast.**

Opern-Preise.

Kassenöffnung 6¾ Uhr. — Anfang 7¼ Uhr. — Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, den 7. Februar 1892.

Nachmittags 3½ Uhr:

24. Fremden-Vorstellung bei halben Preisen.

Prinzessin Dornröschen.

Weihnachts-Märchen in 6 Bildern von Görner.

Musik von Stiegmann.

Abends 7½ Uhr:

Oberon, König der Elfen.

Romantische Oper in 3 Akten von C. M. v. Weber. Dichtung von James Robinson Planché (Theod. Hell).

In Vorbereitung:

Die Walküre.

Erster Tag aus der Trilogie Der Ring des Nibelungen von Richard Wagner.

Siegfried.

Zweiter Tag aus der Trilogie Der Ring des Nibelungen von Richard Wagner.

Meteorologischer Bericht des „Hall. Tagebl.

Wetteraussichten für den 6. Februar.

Bei Westwind Fortdauer des veränderlichen, am Tage mäßig warmen Wetters, zeitweise mit Niederschlägen.

Zeit	Std.	Barom. red. 0° mm.	Thermometer nach Celsius	Thermometer nach Reaum.	Feuchtigkeit Luft %	Wind	Wetter
4./2.	8 Uhr	740,0	+ 1,5	+ 1,2	80	S.W	Wolkig.
	7 Uhr	738,0	+ 1,6	+ 1,3	90	S.W	Wolkig.
5./2.	2 Uhr	736,0	+ 3,0	+2,4	65	S.W	Z. heiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920206029/fragment/page=0003

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821.

Bekanntmachung.

Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für das Geschäftsjahr **1891** beträgt der in demselben erzielte Ueberschuß:

75 Procent

der eingezahlten Prämien.

Die Banktheilnehmer empfangen, nebst einem Exemplar des Abschlusses, ihren Ueberschuß-Antheil in Gemäßheit des § 7 der Bankverfassung der Regel nach beim nächsten Ablauf der Versicherung, beziehungsweise des Versicherungsjahres, durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im gedachten § 7 bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die unterzeichneten Agenturen, bei welchen auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabschluß zur Einsicht für jeden Banktheilnehmer offen liegt.

Halle a. S., im Februar 1892.

L. Hildenhagen, Stadtrath und Hauptagent.
Wilh. Rasch, Beamter der Lebensversicherungsbank f. D. zu Gotha,
Agenten der Versicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Kaffeegarten Trotha.

Nach gut bürgerlicher Einrichtung der Räumlichkeiten bieten dieselben wieder einen **recht freundlichen, angenehmen Aufenthalt.**

Empfehle alle Sonntage **frischen Kaffeekuchen, Pfannkuchen etc.,** das bekannte, beliebte **Rauchfuss'sche, Pilsener,** sowie **Bayrische Biere.**

Meine werthen Freunde und Gönner mache hierauf besonders aufmerksam, sichere bekannt solide Bedienung zu und lade zu recht fleißigem Besuch ganz ergebenst ein.

Franz Edel.

Auction.

Sonnabend den 6. Febr. cr. Vorm. 10 Uhr versteigere ich **Geiststraße 42** hier zwangsweise:

1 Plüschgarnitur, ca. 100 Meter Rouleauxstoffe und

verschied. Möbel.

Dietze,
Gerichtsvollzieher.

Auction.

Sonnabend, den 6. d. M. Vorm. 10 Uhr versteigere ich **Geiststraße 42**

a. zwangsweise:
1 Parthie Möbel und 11 Oberhemden,

b. freiwillig:
1 eisernen Geldschrank gegen Baarzahlung.

Hesse,
Gerichtsvollzieher.

Auction.

Sonnabend, den 6. Febr. cr. Vorm. 10 Uhr versteigere ich **Geiststraße 42** hier zwangsweise:

1 Nähmaschine, 1 fast neues Billard, ca. 39 Stck. Portieren, 1 fast neues Kameeltaschensopha, 1 Büffetschrank u.

versch. a. Möbel

Friedrich,
Gerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung.

Sonnabend, den 6. Febr. cr. Vorm. ½10 Uhr versteigere ich **Geiststraße 42** hier:

1 Sophatisch, 1 Schreibsecretair, Stühle 1 goldene Damenuhr, 1 Hängelampe, 1 Tafelfederwagen, 1 Hobelbank u. a. m.

Ficke,
Gerichtsvollzieher in Halle, kleine Steinstraße 2.

Auction.

Sonnabend, den 6. d. M. Vorm. 10 Uhr gelangen **Geiststraße 42** hierselbst zwangsweise zur Versteigerung:

1 Pianino, Schränke, Tische, Stühle, Gardinen ꝛc.

Lützkendorf,
Gerichtsvollzieher in Halle.

Auction.

Sonnabend, den 6. d. M. Vorm. von 10 Uhr an versteigere ich **Geiststraße 42** zwangsweise:

1 Schreibsecretair, 1 Ladentisch mit Marmorplatte, 1 Faß Nordhäuser (105 Ltr.), **2 Faß Rum, 90 Flaschen Wein, 1 Waschtisch, 1 Spiegel, 1 Sopha m. grünem Plüsch,** ferner freiwillig **1 zweirädrigen Federwagen** (für Tischler und Tapezierer passend), **4 große Fenster, 1 Corridorthür, 1 Kalkbank** meistbietend gegen Baarzahlung.

Neumann,
Gerichtsvollzieher.

Auction.

im Zwangsvollstreckungs-Verfahren.

Sonnabend, den 3. d. M. Vorm. 11 Uhr versteigere ich **Geiststraße 42** hier

Zwei elegante Hotelzimmer-Einrichtungen mit je 2 Betten in nußbaum, ca. 500 Flaschen versch. Weine, 1 fast neuen Kutschwagen, 1 Breakwagen, 4 St. engl. Tüllgardinen, 130 Oberhemden, mehrere Sophas, Kleider- u. Wäschescränke, Verticows, Kommoden, Tische, Stühle, Spiegel ꝛc.

Hirsch,
Gerichtsvollzieher.

Künstl. Zähne,

Plomb., Reparat. etc.

Jul. Sachse,
gr. Ulrichstrasse 26, II.

Auction.

Sonnabend, den 6. d. M. früh 11 Uhr versteigere ich **Geiststraße 42** zwangsweise geg. Baarzahlung:

2 Regulator, 1 Tisch, 1 Büffet, 2 Sopha, 1 kleines Schränkchen, 2 Kleidesecretaire, 1 Waschtisch, 1 Schreibtisch 3 Spiegel, Kleiderschränke ꝛc., **Farben, 2 Malerleitern** ꝛc.

Müller,
Gerichtsvollzieher.

Die **Kenntniß** des

Straf-Gesetzbuches

ist wichtig für

Jedermann.

Die neue Ausgabe desselben in 16° 187 S. in Umschlag kartonnirt (Preis 75 Pfg.) ist vorräthig in der **Expedition d. Blattes.**

Die beste Einreibung bei **Gicht, Rheumatismus, Gliederreißen, Kopfschmerzen, Hüftweh, Rückenschmerzen** ꝛc. ist Richters

Anker-Pain-Expeller.

Das seit mehr als 20 Jahren in den meisten Familien als schmerzstillende Einreibung bekannte **Hausmittel** ist zu 50 ₰ u. 1 ℳ. die Flasche in fast allen Apotheken zu haben. Da es Nachahmungen giebt, so verlange man beim Einkauf gefl. ausdrücklich: **„Anker-Pain-Expeller."**

Volks-Kaffee-Halle

I. am Leipziger Thurme.
II. alte Promenade (Reitb.).
III. Moritzzwinger.

Alle drei sind **geöffnet von früh 6 Uhr an.**

Es wird verabreicht:
Kaffee, Cacao, Milch, Fleischbrühe, Selterwasser, Limonade, zu 5 ₰.

Marken zu 5 ₰, welche sich besonders zu Geschenken an Bedürftige eignen, und in den drei Hallen verwendet werden können, sind in allen drei Hallen, sowie bei Herrn Kaufmann **Beyer,** Ecke der Leipziger- u. Königstraße, bei Herrn Kaufmann **Sachs,** Bernburgerstraße 12 und Herrn **Flade,** Zwingerstraße 3, zu haben.

Unentbehrlich für jeden Steuerzahler!

ist die Kenntniß des mit der nächsten Veranlagung in Kraft tretenden

Einkommen-Steuergesetzes.

Der Preis für das 64 Seiten starke in Umschlag geheftete und beschnittene Exemplar ist

= 20 Pfg. =

Vorräthig in der

Expedition dieses Blattes.

Aufruf an die ehemaligen 67er.

Dumpf donnern der Geschütze
starke Reihen,
Es knattern hell die Schlünde
vom Gewehr,
Man hört dazwischen laute
Hurrahs schreien,
Die Trommeln wirbeln in dem
Schlachtenmeer,
Es drängenen sich die Truppen
unterdessen
Zusammen, doch sucht Opfer auch
der Tod,

Kein Mensch wird von den anderen vergessen,
Des Nächsten Hülfe fehlt nicht in der Noth.

Die Glocke läutet und der Pfeife
Töne
Zur Arbeit rufen wer nur solche
fand.
Was die Maschine leistet, immer
kröne
Ihr Schaffen erst des Menschen
fleiß'ge Hand,
Sei darum Jedem Arbeit zugemessen
Trotz allem Drängen um das
täglich Brod,

Kein Mensch wird von den anderen vergessen,
des Nächsten Hülfe fehlt nicht in der Noth.

So fand Anstellung auch als
Bahnarbeiter
Von Euch ein ehrenwerther
Kamerad,
Den, ob der Krieg geschonet hat
den Streiter,
Des Friedens Arbeit schwer verwundet hat:
Die Beine welche er gesund besessen,
Bei dem Rangiren waren nun
bedroht,

Kein Mensch wird von den anderen vergessen,
Des Nächsten Hülfe fehlt nicht in der Noth.

Im städt'schen Krankenhause liegt
der Arme,
der nicht mehr leben auch nicht
sterben kann,
Der Frau und der acht Kinder
sich erbarmen,
Wenn hier als Kamrad will
helfen man,
Und Jeder, der, ob mit ob ohne
Tressen,
Gedient gleich ihm, erkenn' es
als Gebot:

Kein Mensch wird von den anderen vergessen,
Des Nächsten Hülfe fehlt nicht in der Noth.

Zur Entgegennahme und Weiterbeförderung von gütigen Spenden sind wir sehr gern bereit.

Quedlinburg, im Januar 1892
Amtl. Quedlinb. Kreisbl.

Grosse

Lotterie zu Danzig,

Ziehung am 11. Febr. d. J.

1000 Gewinne

Hauptgewinne i. Werthe von:

10000	Mark,
5000	Mark,
3000	Mark,
2000	Mark,
1000	Mark,

u. s. w. u. s. w.

Loose à 1 Mark

11 Loose für 10 Mark, 28 Loose für 25 Mark sind zu beziehen durch

F. A. Schrader,
Haupt-Agentur, Hannover,
Gr. Packhofstraße 29.
Walther & Co.,
Halle a/S., gr. Ulrichstr. 23.

Bauers Brauerei.

Heute Sonnabend früh u. Abend

Mockturtle-Suppe.

Fritz Träger.

Echte Teltower Rüchen, Erfurt. Brunnenkresse. Blumenkohl. Rosenkohl. Radieschen, grün. Salat, Endivien, Holländer Rothkohl, alle Sorten gute **Speise-Kartoffeln,** gutkochende **Hülsenfrüchte** empfiehlt

A. Schmeisser,
Markt 1 (Rathhaus, unter der Uhr im Keller).

Grude-Cok

in vorzüglichster Qualität

Sachsse & Co.,
Halle a/S., Magdeburgerstr. 54

Fernsprech-Anschluß **408.**

Ein wahrer Schatz
für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Werk:
Dr. Retau's Selbstbewahrung.
80. Aufl. Mit 27 Abb. Preis 3 Mk.
Lese es Jeder, der an den Folgen solcher Laster leidet. Tausende verdanken demselben ihre Wiederherstellung. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt 34, sowie durch jede Buchhandlung.

Neues, großes

Hausgrundstück (Eckhaus)

mit schöner Bäckerei, billig zu verkaufen. Näheres durch die Exped. dieses Blattes.

Mehrere **Mädchen** bei einz. Damen ges. d. Frau **Kühn, kl. Ulrichstr. 5.**

4 verh. Knechte für sofort gesucht durch Obige.

Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, 1 Kammer und Zubehör **sofort oder später** zu vermiethen. Näh. zu erfragen **Dessauerstraße 2** im Comptoir.

Meckelstr. 13. 1 Wohnung, v. 2 Stuben, K. K. 1. April zu verm.

Freundl. möblirtes **Zimmer** mit Kabinet für sofort gesucht. Offerten mit Preisabgabe erbeten **Brunnenplatz 5.**

1. April sind mehrere Wohnungen zu vermiethen an ruhige, pünktliche Leute ohne Kinder.

Gr. Schloßgasse 2.

Familien-Nachrichten.

Dank.

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Theilnahme aus Anlaß des Todes unserer lieben Entschlafenen des Kantors emer. **Albert Roeser** und des Pfarrers emer. **Wilhelm Roeser** sagen wir hierdurch unsern aufrichtigsten Dank.

Halle a/S., 4. Februar 1892.
Die Hinterbliebenen

Herzlichen Dank

Allen für die unzähligen liebevollen Beweise innigster Theilnahme und Verehrung beim Heimgange unseres theuren, unvergeßlichen Gatten u. Vaters.

Trebesmühle, d. 3. Febr. 1892.
Die tieftrauernde Familie Hoffmann.

Unsere langjährige Hausgenossin

Fräulein Emma Schultz

ist gestern nach schwerem Leiden entschlafen. Im Namen der Seinen zeigt dies tiefbetrübt an.

Braunschweig, 4. Febr. 1892.
Jany.
Oberstlieutenant a. D.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18920206029/fragment/page=0004